



Amtlicher Theil.

Am 14. April 1880 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die Stüde XIV und XV des Reichsgesetzblattes, vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und versendet.

Das XIV. Stück enthält unter Nr. 35 das Gesetz vom 29. Februar 1880, betreffend die Abwehr und Tilgung ansteckender Thierkrankheiten;

Nr. 36 die Verordnung der Ministerien des Innern, der Justiz, des Ackerbaues und des Handels vom 12. April 1880, mit welcher Durchführungsbestimmungen zu dem Gesetze vom 29. Februar 1880 (N. G. Bl. Nr. 35), betreffend die Tilgung ansteckender Thierkrankheiten erlassen werden.

Das XV. Stück enthält unter Nr. 37 das Gesetz vom 29. Februar 1880, betreffend die Abwehr und Tilgung der Kinderpest;

Nr. 38 die Verordnung der Ministerien des Innern, der Justiz, des Ackerbaues und des Handels vom 12. April 1880, mit welcher Durchführungsbestimmungen zu dem Gesetze vom 29. Februar 1880 (N. G. Bl. Nr. 37), betreffend die Abwehr und Tilgung der Kinderpest, erlassen werden. („Wr. Ztg.“ Nr. 85 vom 14. April 1880.)

Erkenntnisse.

Das k. k. Landes- als Presstgericht zu Wien hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, daß der Inhalt der Nr. 14 der Zeitschrift „Politische Fragmente“ ddo. 5. April 1880 durch den Artikel mit der Aufschrift „Vertrauliche Fragmente über die Judenfrage von W. Marr“ das Vergehen nach § 302 St. G. begründe, und hat nach § 493 St. P. O. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

Das k. k. Landesgericht als Strafgericht in Prag hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnis vom 30. März 1880, Z. 7132, die Weiterverbreitung der Zeitschrift „Arbeiterfreund“ Nr. 6 vom 24. März 1880 wegen des Artikels „Für Soldaten und Schule“ nach § 65 b St. G., dann wegen der Artikel „Man sollte es nicht glauben“, „Im ungarischen Abgeordnetenhause“, „Die Nichtauslieferung Hartmanns“ und „Was in Rußland“ nach § 305 St. G. verboten.

Nichtamtlicher Theil.

Die Verweigerung des Dispositionsfondes.

Der österreichische Parlamentarismus ist am 13. d. M. um ein Ereignis reicher geworden; der Dispositionsfond, welcher mit 50,000 fl. im Budget eingestellt ist, wurde vom Abgeordnetenhaus abgelehnt. Bisher wurde diese Budgetpost allen Ministerien votiert, und auch Ministerpräsident Graf Hohenwart erhielt am 9. Juni 1871 120,000 fl., welche damals der Dispositionsfond betrug, mit 76 gegen 62 Stimmen bewilligt. Diesmal erfolgte die Ablehnung mit 154 gegen 152 Stimmen, also mit einer Majorität von zwei Stimmen. An der Abstimmung nahmen 306 Abgeordnete teil. Da zwei Mandate nicht besetzt sind und der Präsident nicht mitstimmt, haben 44 Abgeordnete bei der Abstimmung gefehlt; darunter die Minister Dr. Stremayr und Baron Horst. Von den

mährischen Großgrundbesitzern haben sich die Abgeordneten Graf Dubsky und Graf Stockau der Abstimmung enthalten. Ein dritter mährischer Großgrundbesitzer, Baron Loubon, ist krank. Ferner fehlten seitens der Verfassungspartei: Bertolini, Brestel, Ciani, Consolati, Dormitzer, Ivanick, Kochanowski, Pajer, Böck, Pretis, Spoun, Teuschl, Wildauer, Wittmann, Wolfenstein; seitens der coalitierten Rechten: Bodynski, Brauner, Croy, Dzieduszycki, Fischer, Gentilini, Johann Giovanelli, Ignaz Giovanelli, Hoppen, Horodyski, Kaminiski, Krzczunowicz, Josef Krzysztofowicz, Naberger, Onyskiewicz, Rydzowski, Schreiber, Sochor, Wojnowic, Erasmus Wolanski, Wolski, Zallinger.

Es wurde auf der Linken vielfach bemerkt, daß die gesammte Verfassungspartei einzig fest zusammenhielt und daß der ehemalige Ministercollege des Grafen Taaffe, Graf Mannsfeld, und Sectionschef Schwegel mit der Partei votierten. Die Aufregung, welche sich des Hauses nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses bemächtigte, war eine tiefgehende. In die Jubelansbrüche, welche die Linke ob ihres Sieges anstimmte, mischte sich der Widerspruch der Rechten, und der Präsident konnte trotz des wiederholten Glockenzeichens die Ruhe nicht herstellen. Abgeordneter Dr. Hofer beantragte wegen der im Hause herrschenden Unruhe Schluß der Sitzung, zog aber, da sich das Stimmenverhältnis nicht constatieren ließ und namentliche Abstimmung von dem Abgeordneten Dr. Nieger beantragt wurde, seinen Antrag wieder zurück.

Ueber die Bedeutung und die möglichen Konsequenzen der Verweigerung des Dispositionsfondes äußert sich das „Fremdenblatt“ in nachstehender Weise:

„Graf Taaffe hat mehrfach erklärt, daß er auf das Vertrauen der Parteien nicht rechnen, nicht rechnen könne und auch nicht dürfe. In seiner heutigen Erklärung betonte er, er sehe in dem Dispositionsfond keinen Ausdruck des Vertrauens, sondern ein Postulat der Staatsnotwendigkeit. Der Staat bedürfe dieser Summe zu seinen Regierungszwecken, wie jeden anderen Ansatz im Budget. Aber es ändert doch einigermaßen die Lage, wenn ein Haus nicht bei der Verweigerung des Vertrauens stehen bleibt, sondern einen Schritt weiter geht und einer Regierung das Mißtrauen ausspricht. Und dies ist heute geschehen, da ja die Majorität des Abgeordnetenhauses sich auf Grund der Erklärung des Dr. Herbst zusammengesunden. Sieht nun Graf Taaffe in dem heutigen Votum den Beschluß der Majorität, anerkennt er es als die Kundgebung des Mißtrauens seitens des Hauses, dann könnte über seinen ferneren Entschluß kaum noch ein Zweifel walten. In seiner Rede von gestern wies er zwei Gedanken, als wollte er unconstitutionell oder unparlamentarisch regieren, zurück. Wir glauben auch, daß Graf Taaffe genügende Beweise seiner constitutionellen Gesinnung und seiner

Loyalität geboten, um in dieser Hinsicht keinen Grund zum Zweifel übrig zu lassen. Man weiß auch, wie eifrig Graf Taaffe bei seiner Rückkehr aus Tirol bemüht war, ein parlamentarisches Cabinet aufzufinden, und welchen Umständen das Scheitern dieses Versuches zugeschrieben werden muß. Die Partei, welche heute die Kraft gefunden, ein Mißtrauensvotum zu erteilen, müßte nun zur Probe berufen werden, ob sie ihrerseits auf ein Vertrauen der Majorität rechnen kann und ob auch sie nicht dasselbe Schauspiel erneuern wird: Mißtrauen auf der einen Seite, negatives Vertrauen auf der andern. Eine Majorität von zwei Stimmen ist allerdings sehr gering. Es muß dann ihr überlassen werden, wie sie sich zu behaupten oder zu verstärken vermögen wird. Der häufige Wechsel der Regierungen ist keine Wohlthat für einen Staat. Er bringt die Unsicherheit in alle Verhältnisse, aber man kann trotzdem keine Regierung zwingen, sich dem wechselvollen Spiele der Majoritäten und Minoritäten auszusetzen und ihre Existenz dem Zufall oder der Laune numerisch noch so schwacher Elemente anzuvertrauen.

„Darin scheint uns die eigentliche und weitreichende Tragweite der heutigen Abstimmung zu liegen, welche durch keine Argumentation abgeschwächt werden kann. Daß das Cabinet Taaffe das Vertrauen der Verfassungspartei nicht zu erringen vermocht hat, ist nichts neues. Es ist auch nichts neues, daß die Coalitionregierung ihr Mißtrauen erworben hat. Schon die Debatte über das Zwanzig-Millionen-Anlehen zerstreute jeden Zweifel. Graf Taaffe rechnete in seinen beiden letzten Erklärungen mit dieser Thatsache. Indem er gestern neuerlich versicherte, er werde weder nach links noch nach rechts abschwenken, stellte er sich in den schroffsten Widerspruch zu jenen, welche ein Parteicabinet anstrebten, und verzichtete im vorhinein auf Vertrauensverbindungen der einen wie der andern Partei. Dergleichen haben seine heutigen Worte im vorhinein ausgesprochen, daß er den Dispositionsfond nur wie das gesammte Budget als Staatsnotwendigkeit vertrete. Neu und von möglicherweise folgenreicher Bedeutung ist jedoch, daß die Majorität — keine Majorität ist und die Mehrheit im Grunde nur eine Scheinmehrheit ist, welche plötzlich verschwinden kann und auch verschwindet. Das ist allerdings eine Thatsache, welche die Situation wesentlich zu verändern geeignet ist. Man braucht nur darauf zu verweisen, mit welcher ausgeprägtem Selbstgefühl, mit welcher Ueberschätzung die Rechte an die Budgetdebatte herangetreten ist. Sie wollte anfänglich — auf ihre angebliche Mehrheit gestützt — ein Cabinet der Rechten ertönen. Wir haben damals die Aspirationen der Rechten auf das nachdrücklichste mit dem Hinweis darauf bekämpft, daß sie nicht allein numerisch schwach, sondern auch incoherent und daher unverläss-

Feuilleton.

Die öffentlichen Gesundheitsfragen der Stadt Laibach.

Von Dr. Friedrich Reesbacher.

I. Der städtische Gesundheitsrath.

Der Stadtmagistrat ist nach dem im ersten Artikel Gesagten in erster Linie berufen, die öffentliche Gesundheitspflege unserer Stadt zu besorgen. Es wäre ungerecht gegen denselben, an dieser Stelle nicht zu constatieren, daß er vieles zum Besseren machte. So wurden nach dem amtlichen Sanitätsberichte des Stadtphysikers Dr. Kowatsch z. B. im Jahre 1877 zwölf Gemische Untersuchungen von Brunnenwässern und drei von 3400 Häusern und deren Bestandtheilen, fünf von Friedhöfen, acht von Volksschulen, zwei von Wirthshäusern, dreißig von Kuppelgeschirren, zwei von städtischen Armenanstalten. Der Lebensmittelmarkt wurde zwölfmal, die Fleischerbuden fünfmal unter- sucht, 149 Anzeigen über Sanitätsgebrechen wurden beraten. Außerdem wurden in den letzten Jahren neue Kanäle gezogen, zur Beaufsichtigung der Brunnen wurde eine eigene Brunnencommission ins Leben gerufen, und Brunnen eröffnet, Anpflanzungen von Gassen und Plätzen vorgenommen, drei den Verkehr, das Licht und die Luftbewegung hindernde Häuser angekauft und niedergedrückt, Neupflasterungen von Gassen durch-

geführt, eine in ihrer Ausstattung einer Landeshauptstadt würdige öffentliche Bade-Anstalt errichtet u. s. w. Und doch liegt noch so vieles im Argen und doch kann man von unserer Commune nicht behaupten, daß sie in Gesundheitsfragen auf der Höhe ihrer Aufgabe stehe.

Das erste Gebrechen liegt in dem Umstande, daß der Stadtmagistrat bei seiner Ueberbürdung mit Geschäften eine große Reihe sanitärer Uebelstände nicht kennt. Der Stadtphysiker allein kann über die Thätigkeit eines Menschen trotz seiner großen Thätigkeit nicht hinausreichen, Hilfspersonale steht ihm nicht zu Gebote, sein Vorschlag, den vier sogenannten Märkten aufsehern für die Ausfindigmachung von sanitären Uebelständen kleine Belohnungen auszusenden, wurde vom Magistrate abgelehnt. Die natürlichsten Entdecker von sanitären Uebelständen sind die Aerzte, da dieselben vermöge ihres Berufes in alle Häuser kommen, es würde sich also eine Institution empfehlen, die auch Privatärzte in den Dienst der Commune, und zwar freiwillig, heranziehen würde. Doch davon später.

Das zweite Gebrechen liegt in der schon im ersten Artikel besprochenen Passivität des Magistrates gegen die Anträge der städtischen ärztlichen Fachmänner. Die Anträge des von der Stadt gezahlten, daher von ihr abhängigen Arztes genießen leider nicht jene Autorität, die im Interesse der Sache wünschenswert wäre. Es liegt ein amtlicher Bericht des Stadtphysikers vor uns, dem wir ganz drastische Belege zu obiger Behauptung entnehmen könnten, ja einige der letzteren grenzen geradezu an das Unglaubliche.

Es erscheint daher die Behauptung ganz gerechtfertigt, daß angestellte Stadärzte nicht die nöthige Autorität gegenüber dem Stadtmagistrate besitzen. Die Opposition und zum mindesten die Passivität, die der Stadtmagistrat den Anträgen des Stadtphysikers entgegensetzt, hat übrigens außer der Geschäftsüberbürdung und dem mangelnden Verständnisse für die Wichtigkeit sanitärer Maßregeln ihren Grund auch in der Scheu des Magistrates, das mit der Durchführung sanitärer Maßregeln oft verbundene Odium auf sich zu laden und die Opposition im Publicum und namentlich bei den in erster Linie hiervon Betroffenen wachzurufen. Die Bevölkerung, die besonders in den weniger gebildeten Schichten derselben das nöthige Verständnis für die Tragweite solcher Maßnahmen entgegenbringt, fühlt sich durch die Anordnungen der Behörde verletzt, beleidigt, geniert, chicaniert und macht Opposition gegen das Beste und Nützlichste. Dies wirkt unwillkürlich wieder lähmend auf eine Behörde zurück, die ja ohnedies mit der Bevölkerung oder auch Einzelnen derselben in Ausübung ihres Amtes so leicht in Conflict geräth.

Alle diese besprochenen Verhältnisse haben den Verfasser dieser Zeilen, als er im Jahre 1873 im Schoße des Gemeinderathes eine Reorganisation des städtischen Sanitätsdienstes in Antrag brachte, bestimmt, in das damals zur Beschlussfassung vorgelegte Sanitätsstatut auch die Errichtung eines städtischen Gesundheitsrathes einzufügen, allerdings mit so weitgehenden Befugnissen und so umgestaltender gesetzlicher Grundlage, daß es zu befürchten stand, es werde ein solcher

lich ist. Wir haben dies wiederholt, als die Rechte, auf ihre Majorität pochend, sich als die ausschließliche Spenderin des Budgets proclamirte und Concessionen über Concessionen begehrte. Der heutige Tag spricht nun wahrlich nicht gegen unsere Annahmen. Betrachtet man vom Standpunkte der heutigen Abstimmung die Annahmen der coalirten Majoritätsfractionen, dann wird man das richtige Urtheil für dieselben finden.

„Die Organe der Rechten werden allerdings mit der Behauptung hervortreten, die Majorität der Linken sei eine Zufallsmajorität gewesen, eine Majorität der Minorität, welche morgen wieder verhinnt. Aber eine Mehrheit, die es ermöglicht, daß die Gegenpartei auch nur mitunter die Mehrheit erringt, ist eben keine Mehrheit, sondern eine schwankende Ziffer, welche keinerlei Grundlage für irgend ein System abgeben kann. Zweifellos hat demnach die Rechte heute eine entscheidende Niederlage erlitten. Sie ist in erster Linie durch das heutige Votum getroffen. Ihre Schwäche ist eclatant dargelegt worden. Auch wäre es höchst optimistisch, wenn man ihre Niederlage nur einem Zufalle zuschreiben wollte. Sie unterlag wegen ihrer inneren Incohärenz, während die Verfassungspartei solidarisch auftrat. Die Mehrheit wurde heute gesprengt, weil Elemente, welche mit ihr nur lose zusammenhängen, sich von ihr abwendeten, oder weil wegen der Verschiedenheit der Ansichten und Tendenzen in ihren Reihen Disciplin nicht zu erreichen ist. Man braucht zum Beweise dessen nur einen Blick auf die Liste der Abstinenten zu werfen. Vielleicht hatte übrigens die Rechte noch den geheimen Plan, Revanche an dem Grafen Taaffe zu üben, weil er nicht all' ihre Dictate annehmen wollte, aber in diesem Falle hat sie ein zweischneidiges Schwert geschwungen, mit dem sie vor allem sich selbst tödtlich verlegt hat. Ihr Prestige, ihre Autorität ist von heute ab geschwunden und eine Vergleichung der Reden der Abgeordneten Hausner, Czartoryski und Smarzewski enthüllt, wie es mit der Ideenharmonie in einzelnen Fractionen bestellt ist. Die Ohnmacht der Majorität wird aber um so auffälliger, wenn erwogen wird, daß der Beschluß der Verfassungspartei, den Dispositionsfond zu verweigern, seit mehreren Tagen bekannt war und die Rechte ihn dennoch nicht abzuwenden vermochte. Dies macht freilich die Vermuthung rege, daß sie diesmal eine neue Parole erfunden, ein „trop peu de zèle“. Doch, was immer die inneren Gründe der Niederlage der Mehrheit gewesen, sie ist eine zweifellose, sie ist eine solche, welche bei jedem Anlasse sich erneuern kann. Sie hat das Recht verwirkt, als eine Majorität betrachtet zu werden. Sie vermag weder ein Cabinet zu stützen, noch eines zu bilden. Das ist die eigentliche und wesentliche Bedeutung der heutigen Abstimmung, die weit über jene hinausragt, welche man in ihrer Rückwirkung auf das Cabinet Taaffe suchen wollte. Zweifellos wird auch der Ministerpräsident zu dieser Ueberzeugung gelangen oder schon gelangt sein, und an ihm wird es sein, die parlamentarischen Consequenzen dieser Erscheinung zu ziehen.“

Oesterreichischer Reichsrath.

71. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 14. April.

Präsident Coronini eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Am Ministertische: Taaffe, Falkenhayn, Prajak, Conrad.

Gesundheitsrath mit Executive die staatliche Genehmigung schwerlich erhalten. Indessen, es kam gar nicht zum Versuch, indem der Gemeinderath Sanitätsstatut und Gesundheitsrath einfach ablehnte. Erst die russische Pestgefahr der jüngsten Zeit bot willkommene Gelegenheit, das Gesundheitsrathsproject, wenngleich in dem bescheidenen Gewande eines nur mit der Consultative ausgestatteten Körpers, noch einmal vor den Gemeinderath zu bringen, hiebei glücklicherweise auch durch eine Verordnung der h. k. k. Landesregierung, welche die Errichtung einer Sanitätscommission ad hoc urgirte, kräftig unterstützt, daher dasselbemale die heftige Opposition im Gemeinderathe nicht ausreichen konnte, das Project schon damals umzustößen.

Der Gesundheitsrath trat also thatsächlich zusammen, doch war es sein Erstes, daß er die Uebernahme seiner Arbeiten an die Bedingung knüpfte, vom Gemeinderathe ständig erklärt zu werden. Der Gemeinderath lehnte jedoch in der Sitzung vom 19ten Juni 1879 diese Permanenzklärung ab, nahm den Gegenstand aber später wieder auf, und so hat sich nun der neuernannte ständige Gesundheitsrath in der Sitzung vom 5. Dezember v. J. constituirt. Hiemit ist in Laibach ein in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzender Schritt zum Bessern gethan worden.

Wir halten zwar den ständigen Gesundheitsrath keineswegs für eine Panacee aller sanitären Gebrechen, aber trotzdem für eine die Gemeinde finanziell nicht belastende wohlthätige Institution.

(Fortsetzung folgt.)

Die Specialdebatte über das Budget wird beim Capitel „Ministerium des Innern“ fortgesetzt.

Abg. Roser beantragt eine Resolution wegen Vorlage von Gesehtwürfen, betreffend die Einlagerung explosiver Stoffe und die Verfälschung von Lebensmitteln.

Abg. Trojan beschwert sich über ungleiche Behandlung der böhmischen Nationalität in sprachlich gemischten Bezirken, über Nichtberücksichtigung der böhmischen Memoranden, in welchen die Gleichstellung in Amt und Schule verlangt wurde, und weist auf zahlreiche administrative Uebelstände hin, welche das Verhalten der deutschen Beamten gegenüber der böhmischen Bevölkerung ins Leben gerufen hat.

Abg. Dr. Lustkandl erklärt, es fehle ihm der Glaube an eine Verständigung, wenn er sämtliche Forderungen des czechischen Memorandums überblicke. Berechtigte Forderungen seien im Rahmen der Verfassung ganz gut zu erfüllen, und weil dies möglich sei, werde er gegen die eingeschlagene Politik der Regierung stimmen.

Abg. v. Pflügl richtet an das Ministerium den Appell, es möge die Gewerbegesetzgebung revidieren und gegen die zu reichliche Concessionierung der Brantweinschänken auf dem Lande Vorkehrungen treffen.

Abg. Menger weist auf die Nothwendigkeit der Revision des Heimatsgesetzes, insbesondere im Punkte der Armenversorgung hin. Er schlägt vor, es möge das Princip der Geburtsheimat beibehalten, das Recht der Armenunterstützung aber nach vollendeter Großjährigkeit durch einen zehnjährigen Aufenthalt in einer andern Gemeinde erworben werden können.

Abg. Stuedel unterstützt die Resolution des Abg. Dr. Roser um Vorkehrungen gegen die Verladung und Einlagerung explosiver Stoffe zum Schutze des Lebens und des Eigenthums. Ebenso betont er die Nothwendigkeit der Errichtung einer Sanitätspolizei zur Ueberwachung der Nahrungsmittel und Verhütung von Fälschungen. Die Magenfrage liege dem Volke näher, als aller Nationalitätenhader und politischer Streit, es erwarte dringend die Regelung dieser Angelegenheit.

Abg. Dr. Sax betont gegenüber der Forderung einer autonomistischen Umgestaltung der Verwaltung, daß in England, auf das man sich so oft berufe, die Ausbildung der Autonomie in der Verwaltung mit der Centralisation in der Gesetzgebung Hand in Hand gegangen sei. Das Selbstgovernment sei vielfach zur Klassenherrschaft mißbraucht worden, und in Staaten mit gemischter Bevölkerung liege die Gefahr des Mißbrauches des Selbstgovernmentes zur nationalen Unterdrückung nahe.

Redner bespricht den Einfluss, welcher dem Genossenschaftsleben auf die Selbstverwaltung eingeräumt werden solle, wie es Graf Clam-Martiniß zum Zwecke der Belebung der Gewerbetätigkeit gefordert habe. Diese Selbstthätigkeit lasse sich nicht decretieren; sie müsse aus sich selbst herauswachsen. Viele dieser autonomen Institutionen seien bei uns vorhanden und führen ein Scheinleben. Eine Ausdehnung der Autonomie über das gegenwärtige Maß sei in Oesterreich weder rätzlich noch nothwendig. (Beifall links.)

Abg. Hevera betont, daß das bisherige Verwaltungsregime daran schuld sei, daß die autonome Verwaltung sich in der Bevölkerung nicht eingelebt habe. Es sei wahr, daß in neuester Zeit selbst in der Schweiz eine centralisierende Strömung herrsche, aber noch immer seien die autonomen Einrichtungen der Schweiz himmelweit verschieden von dem oesterreichischen Verwaltungsapparate, wo der Dualismus zwischen landesfürstlicher und autonomer Verwaltung hemmend auf das raschere Pulsieren der Verwaltungsthätigkeit einwirke. Der Gemeindevorstand könnte für die Entscheidung so mancher öffentlicher Angelegenheiten competent sein, was Instanzenzüge und Beamte ersparen würde. Aber die Autonomie könne in Oesterreich nicht gedeihen, so lange sie wie ein wildgewachsener Baum behandelt werde, den man nur aussuche, wenn man sein Holz brauche. (Bravo rechts.)

Dr. Promber interpellirt wegen Inhibierung eines Telegrammes über die Demissionsgerüchte.

Nächste Sitzung morgen.

Die Verlängerung des Handelsvertrages mit Deutschland.

Die telegraphisch signalisirte Declaration, betreffend die Verlängerung des österreichisch-deutschen Handelsvertrages bis 30. Juni 1881, lautet:

Die kaiserlich deutsche Regierung und die kaiserlich und königlich österreichisch-ungarische Regierung haben mit Rücksicht darauf, daß die zwischen ihnen zum Zwecke der Vereinbarung eines neuen Handels- und Zollvertrages eingeleiteten Verhandlungen bisher noch nicht zum Abschlusse geführt werden konnten und eine endgiltige Verständigung auch für die nächste Zeit nicht in Aussicht nehmen lassen, zum Zwecke einer weiteren provisorischen Regelung der Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen beiden Reichen nachstehende Uebereinkunft getroffen:

Artikel I. Der Handelsvertrag vom 16. Dezember 1878 soll nebst dem dazu gehörigen Schlußprotokoll für die Zeit vom 30. Juni 1880 bis 30. Juni 1881 mit folgenden Maßgaben in Wirksamkeit bleiben. 1.) Die durch die Erklärung vom 31. Dezember 1879 außer Kraft gesetzten Bestimmungen im Artikel 6 des Vertrages, dann im Schlußprotokoll zu diesem Artikel lit. A und B, sowie die mittelst Noten vom 16. Dezember 1878 gegenseitig mitgetheilten Detailvorschriften bleiben auch fernerhin außer Wirksamkeit. 2.) Die Vereinbarungen im Absatz 1 und 2 des Artikels 10 des Vertrages, in dem dem Vertrage als Anlage A beigefügten Zollcartell und in den hierauf bezüglichen Erklärungen des Schlußprotokolles sollen auch während des Zeitraumes bis zum 30. Juni 1881 insoweit zur Ausführung gelangen, als die bestehenden Geseze nicht entgegenstehen. 3.) Die Bestimmungen im zweiten Absatz des Artikels 15 des Vertrages, betreffend das Verbot und die Befragung der Anwendung nicht publicirter Tariffätze auf Eisenbahnen, bleiben auch fernerhin unwirksam. 4.) Ebenso bleibt der zweite Absatz des Artikels 17 des Vertrages, betreffend das Verbot der Beschlagnahme von Eisenbahn- u. Betriebsmitteln, auch fernerhin außer Wirksamkeit.

Artikel II. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll beiderseits zur Allerhöchsten Ratification vorgelegt, und die Ratificationsurkunden sollen so bald als möglich in Berlin ausgewechselt werden. Zur Urkunde dessen haben die Unterzeichneten im Namen ihrer Regierungen vorstehende Uebereinkunft in doppelter Ausfertigung unterzeichnet und ihre Siegel begedrückt. So geschehen zu Berlin, den 11. April 1880. v. Philipsborn, Szechenyi.

Der Wahlsieg der Liberalen in England.

Es ist noch immer nicht gewiß, ob das Cabinet Beaconsfield noch vor dem Zusammentritte des Parlaments seine Demission geben wird. Der parlamentarische Usus würde dies nicht hindern. Bis zum Jahre 1868 war es allerdings unveränderlicher Brauch, daß das unterlegene Cabinet bis zum Zusammentritte des neuen Parlaments in Amte blieb und von diesem sein Urtheil erwartete. So war es 1841, als das Haus am 4. Juni auf Antrag Sir Robert Peels die Debatte mit folgendem Mißtrauensvotum schloß, „daß Ihrer Majestät Minister nicht in hinreichender Weise das Vertrauen des Hauses der Gemeinen genießen, um in Amte zu sein, das Haus zur Annahme von Maßregeln zu bewegen, welche sie als von wesentlicher Bedeutung für das öffentliche Wohl erachten, und daß unter solchen Umständen ihr Verbleiben im Amte mit dem Geiste der Constitution im Widerspruch stehe“. Diese Resolution wurde mit 312 gegen 311 Stimmen angenommen. Das Parlament wurde aufgelöst und das neue Haus versammelte sich am 24. August. Zur Adresse auf die Thronrede wurde ein der im Juni angenommenen Resolution ähnliches Amendement eingebracht, das nach einer viertägigen Debatte mit 360 gegen 269 Stimmen angenommen wurde. Am 30. August nahmen die Königin ihre Entlassung und am 31. sendete die Königin nach Sir Robert Peel und übertrug ihm die Bildung eines Ministeriums. Als im Jahre 1868 die Wahlen gegen die Regierung entschieden hatten, nahm man auf die Präcedenzfälle keine Rücksicht mehr. Die Wahlen waren gegen Ende November entschieden, am 2. Dezember begab sich Disraeli nach Windsor und hatte eine Berathung mit der Königin. Unmittelbar darauf richtete Disraeli von Downingstreet an die Londoner Zeitungen eine Erklärung, in welcher er hieß, Ihrer Majestät Minister seien es ihrer Ehre und der von ihnen unterstützten Politik schuldig, das Amt auch nicht einen Tag länger als nötig zu behalten. Sie fänden es angemessen, sofort ihre Entlassung bei Ihrer Majestät nachzusuchen und nicht erst den Zusammentritt des Parlaments abzuwarten, in welchem sie nach dem jetzigen Stande der Dinge in der Minderheit sein müßten. Darauf bildete Gladstone sofort ein Cabinet. Diesem von Disraeli gegebenen Präcedens folgte Gladstone 1874, und man nimmt an, daß Lord Beaconsfield jetzt denselben Weg einschlagen werde, den er 1868 vorgezeichnet hat.

Der „Standard“ schreibt in einem Artikel, betitelt „The reason why“, welcher die Ursachen der Niederlage der conservativen Partei zu ergründen sucht, dieselbe gänzlich der politischen Unreise der Arbeiter zu. Es seien Leute in den Arbeiterpartei Middlesex umhergereist, um die der Arbeiter angehörigen Wähler nach der Ursache zu fragen, warum sie für die Liberalen und nicht für die conservativen gestimmt hätten, und da habe es sich dann herausgestellt, daß der Eine aus dem Grunde, Gladstone gestimmt hatte, weil unter Beaconsfield die Geschäfte so schlecht gegangen seien, ein Anderer, weil die Steuern so hoch seien, und ein Dritter, weil ihm seine Frau gesagt hatte, er müsse gegen die conservativen stimmen, u. s. w. Die Conservativen sagen, daß die Arbeiter für die vielen Wohlthaten, die ihnen aus dem Regiment der Conservativen erwachsen seien, sich undankbar erweisen. — Ein liberales Sonntagsblatt schreibt: „Die bemerkenswerteste Phase in der liberalen Reaction, die sich durch die jüngsten Abstimmungen“

mungen kundgegeben hat, ist der Umschlag in den Bestimmungen auf dem Lande. Dieser Wechsel in der Vertretung der Grafschaften würde allein genügt haben, um die Regierung zu befeitigen. Ein eingehendes Studium der ländlichen Abstimmungen lässt keinen Zweifel darüber aufkommen, dass dieselben gänzlich unberührt von der demokratischen Woge geblieben sind, welche die städtischen Wahlbezirke überflutet hat. Die Stärke der liberalen Partei in den ländlichen Wahlbezirken pflegte in denjenigen Kreisen zu liegen, welche Vorstädte großer Städte einschlossen; der Liberalismus der Städte überflutete seine Grenzen und bedeckte das Land. All' dies aber änderte sich in den Jahren 1874 und 1880. Nirgends haben die Conservativen so gut Stand gehalten, als in der Umgebung der Hauptstadt und denjenigen Wahlbezirken Lancashire, zu welchen die Liverpooler Vorstädte gehören. Die liberalen Gewinne im Nordosten und Südosten Lancashire und die östliche Division von West-Riding vertreten den Gesinnungsumschlag der Manufactur- und landwirtschaftlichen Arbeiter. Das Gleiche lässt sich von North-Nottinghamshire sagen. Ein eingehendes Studium aller ländlichen Wahlbezirke, wo liberale Gewinne erzielt wurden, führt zu dem allgemeinen Resultate, dass der auflebende Liberalismus in den Grafschaften weniger dem Einflusse der Städte als dem Bestande einer liberalen Reaction in den ländlichen Bezirken zuzuschreiben ist. Die letzten fünfzehn Jahre haben in dieser Beziehung einen vollständigen Umschlag bewirkt.

Die Frage, wer die Führung der liberalen Ministeriums übernehmen soll, wird von der englischen Wochenpresse lebhaft erörtert. Der „Spectator“ meint, den Mittelpunkt der wirklichen Macht mit dem Mittelpunkt der populären Verantwortlichkeit zu identifizieren, sei das Ziel fast jeder Verbesserung in der Handhabung der britischen Constitution gewesen. — „Saturday Review“ erklärt, es sei unwahrscheinlich, dass die Königin von dem gewohnten Wege abweichen werde. Sie werde wohl sicherlich ihren Premierminister zu Rathe ziehen, welcher seinerseits nicht anstehen werde, ihr gefundenes und loyales Rath zu ertheilen. Lord Beaconsfield werde zweifelsohne es der Gegenpartei überlassen, die Verantwortlichkeit der Wahl des tatsächlichen und des conventuellen Führers zu übernehmen. — Es wird erwartet, dass nach der Ankunft Ihrer Majestät vom Continente, welche am 17. d. M. stattfinden dürfte, das Cabinet sein Entlassungsgesuch einreichen wird.

Der „Standard“ bespricht das Interesse, welches das Resultat der englischen Wahlen im Auslande, insbesondere aber in Russland und den unteren Donaufürstenthümern, erregt hat, und beklagt die hervorgerufene Aufregung. Der „Standard“ will nicht sagen, dass die liberale Partei die geweckten Hoffnungen erfüllen werde. Allein damit seien die einmal berufenen Geister noch lange nicht beschworen. Halte man sich an den Berliner Vertrag, so sei weiter keine Gefahr vorhanden. In diesem Falle seien England, Frankreich, Deutschland und Oesterreich zufrieden. Werde der Vertrag durch die Slaven mit Gutheißung der englischen Liberalen angefochten, so werde keine Macht zufrieden sein und die orientalische Frage abermals in Fluss kommen.

Tagesneuigkeiten.

(Die Kaiserin im Wiener Garnisonsspital.) Dienstag nachmittags erschien Ihre Majestät die Kaiserin unvermuthet im Garnisonsspital Nr. 2, um dort einen ihrer Raketen, der wegen einer Verletzung tagsvorher dahin gekommen war, zu besuchen. Die Kaiserin zog Erkundigungen über das Befinden des Kranken ein, ordnete an, dass alles geschehe, was seine Heimlung zu beschleunigen vermöchte, und verweilte auch bei dem Bette des Kranken, dem sie einen abermaligen Besuch in Aussicht stellte.

(Erschütterndes Familiendrama.) In Wien, dem Schauplatz so vieler gräßlicher Ereignisse, spielte sich Dienstag, den 13. d. M., neuerdings ein erschütterndes Drama — der Selbstmord einer ganzen Familie — unter ganz eigenthümlichen Umständen folgende Details: Der 65jährige Drechslermeister Julius Junge, aus Dresden gebürtig, nach Wien zu wohnend, besaß ein offenes Geschäft in der Pilgramgasse. Seine Familie bestand aus seiner 63jährigen Gattin Marie Junge und einer 36jährigen unverheirateten Tochter Marie und einem verheirateten Sohne, Guido Junge, der gleichfalls selbständiger Drechsler ist. Junge sen. befand sich in leidlichen äußeren Verhältnissen, er war im Geschäft sehr accurat und gieng tagsüber nie nach Hause; seine Tochter Marie brachte ihm täglich das Mittagessen ins Geschäft. Dienstag zum erstenmal blieb es 12 Uhr vorüber war und seine Tochter nicht erschienen, in große Aufregung. Eine Ahnung sagte ihm, dass etwas geschehen sei. Um halb 1 Uhr rief er die Hausmeisterin und bat sie, ihm zu helfen, sämtliche Waren, die im Gewölbe sich befanden, in eine Kiste zu geben. Die Hausmeisterin wunderte sich über dieses ganz ungewohnte Vorgehen und fragte: „Ist denn was ge-

sehen?“ Mechanisch antwortete der alte Mann: „Ja“, aber weitere Antworten blieb er schuldig. Als Junge nach Hause kam, fand er die Thüre seiner Wohnung verschlossen. Er läutete oft und heftig, aber niemand öffnete. Es wurde ein Schlosser geholt, der die Thüre mit Gewalt aufschloss, und bestimmungslos vor Angst stürzte Junge ins Zimmer. Dort saßen wie zwei Statuen auf Sesseln nächst einem Bette seine Frau und seine Tochter — todt. Mutter und Tochter hatten sich im Tode die Hand gegeben, die linke war frei. Der Greis war stumm bei diesem entsetzlichen Anblicke. Er fuhr sich, wie Augenzeugen, die mit ins Zimmer traten und aufschrien vor Schrecken, bestätigen, nur mit der Hand über die Stirne und gieng ins Nebenzimmer, wo er Papier und Feder nahm und zu schreiben anfieng.

In diesem Augenblicke kam seine Schwiegertochter ins Zimmer. Sie hatte den Schwiegervater im Geschäft gesucht, und als sie ihn nicht fand, vermuthete sie, dass er unwohl sei und eilte zu ihm. Das Cabinet, in welchem der alte Junge saß und schrieb, war vor dem Zimmer, das die Todten barg. Die Schwiegertochter hatte also die Leichen noch nicht gesehen. Als sie zu ihm trat, fasste er sie beim Arme, führte sie ins Zimmer zu den Leichen und sagte weiter nichts, als: „Dschau her“. — Die junge Frau brach bei diesem Anblicke in heftiges Weinen aus, dann aber tröstete sie den Alten und sagte: „Du hast ja noch uns, mich und den Guido, du gehst halt jetzt zu uns“. Junge nickte mit dem Kopfe und bat sie, ihm gleich seinen Sohn Guido herzuschicken. Die Frau eilte fort. Als sie mit ihrem Manne Guido Junge von der Magdalenenstraße zurückkehrte in die Grohngasse, war ein dritter Sessel zu den anderen zwei Sesseln gerückt, und auf diesem saß der alte Junge, gleichfalls todt. Er hatte sich vergiftet, während die Leute und Organe der Polizei schon im Hause waren. Der Bezirksarzt Dr. Juric fand so große Quantitäten Cyanalkali vor, dass dasselbe Hunderte von Menschen vom Leben zum Tode hätte bringen können. Im Cabinet lag ein Brief auf dem Tische, in welchem Julius Junge seinem Sohne mittheilte, es habe geschehen müssen, was nicht länger aufzuschieben war. Ich muß meiner armen Frau und Tochter folgen. Ein Schlusspoffus des Briefes enthielt eine Klage, dass das Geschäft zu schlecht gegangen sei. Vergeltlich forschte man nach einem ausreichenden Motiv. Es kann nur angenommen werden, dass ein tiefer Lebensüberdruß die drei Leute in den Tod trieb. Die 36jährige Tochter Marie war mißbildet und in der Entwicklung stark zurückgeblieben, die Mutter liebte sie zärtlich und soll sich oft geäußert haben: wenn du nicht lebst, will ich auch nicht leben. Vielleicht hat der Kummer um diese Tochter, die Unmöglichkeit, sie zu versorgen, eine entscheidende Rolle bei der Katastrophe gespielt.

(Verein zum Schutze der Versicherten.) In Wien bestrebt man sich, einen Verein zum Schutze der Versicherten ins Leben zu rufen; die Vorstände einiger der bedeutendsten in- und ausländischen Versicherungsgesellschaften haben sich bereit erklärt, diesem Vereine es zu ermöglichen, ein klares Bild des Standes und der Lage der Affecuranzgesellschaften zu bieten. Die Tendenz dieses Vereines geht dahin, einer gewissen „Revolver-Press“ das Handwerk zu legen, die sich auf diesem Gebiete neuerlich wieder mit unqualifizierbaren Artikeln und anonymen Pamphleten hervordrängt. Der größte Theil dieser Angriffe wird als ein auf ungarischem Boden entstandenes oder von dort genährtes unlauteres Concurrenzmanöver bezeichnet.

(Unfall im Gotthard-Tunnel.) Nach einer Correspondenz der „Grenzpost“ ist in der Nacht vom 6. d. M. eine Masse Granit im Innern des großen Tunnels heruntergefallen und hat einen Arbeiter getödtet und fünf andere verwundet. Etwa 500 Arbeiter, welche auf den Arbeitsplätzen von Göschenen und Airola beschäftigt waren und an der Tunnelkrankheit leiden, haben im März den Gotthard verlassen, um in ihrer Heimat Italien Heilung zu suchen. Die Unternehmer haben ihnen die Heimreise durch Beiträge von 100, 150 bis 200 Francs erleichtert.

(Eine Expedition nach dem Südpol.) In Rom hat sich eine Gesellschaft gebildet, um mit Hilfe der ihr seitens der italienischen Regierung und des Hofes bereits zugesicherten Unterstützung die Mittel zu einer „antarktischen Expedition“ herbeizuschaffen, welche im Mai 1881 nach dem Südpol abgehen soll. Hauptzweck der Expedition würde die Erforschung der Südpolarmeere und Länder sein. Die Dauer derselben ist auf drei Jahre berechnet; ihre Vorbereitung würde in Genua und Neapel stattfinden. Die Ankosten werden auf 600,000 Lire veranschlagt. Der Tonnagegehalt des Schiffes würde 600 Cubikmeter betragen. Außer mehreren Marine-Officieren werden verschiedene Naturforscher und Aerzte an der Expedition theilnehmen. Von Gibraltar aus wird man im Mai die ersten Studien auf dem atlantischen Ocean vornehmen, im August wird man Montevideo bereisen, um dort diejenigen der Mannschaften auszusuchen, welche sich unterwegs dem Unternehmen nicht gewachsen zeigten. Im September wird das Schiff von Feuerland aus wieder in See gehen nach den Folland- und Sjetlands-Inseln, um von dort aus die Erforschung über die zweifelhafte Gewissheit der Existenz eines südlichen Continents vorzunehmen. Beim Cap, welches 1840

von d'Orville entdeckt wurde, denkt man zu überwintern. Den zweiten Winter würde man bei Kemp oder Enderby zubringen.

Locales.

(Gemeinderathssitzung.) Die für heute Nachmittag anberaumt gewesene Sitzung des Laibacher Gemeinderathes wurde auf morgen Nachmittag übertragen.

(Das Concert der philharmonischen Gesellschaft,) dessen Programm wir gestern mittheilten, verspricht einen genussreichen Abend. Das interessante Programm, aus welchem wir Engelbergs „Italienisches Viederspiel“ besonders hervorheben, wird uns Gelegenheit bieten, nicht bloß die ersten Kräfte der Gesellschaft in dankbaren Solonummern zu hören: Fel. Clementine Eberhart, Herrn Johann Köstler und das erstemal in einer größern Partie Herrn Kulp, sondern auch Herr Burgleitner aus Graz wird als Gast die reizende Partie des „Gennaro“ im Viederspiel singen und in zwei Liedern sich auch als Viedersänger bei unserm Publicum einführen, das den prächtigen Tenor und die vollendete Vortragsweise des Herrn Burgleitner noch von seiner künstlerischen Leistung im „Oratorium Paulus“ im besten Andenken bewahrt.

(Bestätigung.) Die von der krainischen Landwirtschaftsgesellschaft beschlossene Abänderung des § 27 der Gesellschaftsstatuten betreffs Errichtung einer eigenen Section für Pflanzungsangelegenheiten hat die Bestätigung des k. k. Ackerbauministeriums erhalten.

(Heimkehr des 7. Jägerbataillons.) Das krainische Jägerbataillon Nr. 7, das bekanntlich seit Juli 1878 in der Herzegowina weilte und von dem am Beginne des bosnischen Occupationfeldzuges hinunter entsendeten Truppencorpsen als einer der letzten zur Rückkehr nach Oesterreich bestimmt ist, wird sich dem festgesetzten Marschplane zufolge heute in Dalmazien einschiffen und dürfte daher auf der Fahrt in seinen Garnisonort Wiener-Neustadt im Laufe der nächsten Woche Laibach passiren.

(Evangelische Gemeinde.) Nächsten Sonntag beginnen in der hiesigen protestantischen Kirche die anlässlich der bevorstehenden Pfarrerrwahl eingeleiteten Probepredigten. Den Anfang macht am 18. April Herr Hilfsprediger Krieszner aus Kásmark in Ungarn, am 25. April predigt Herr Bicar Mareš aus Wannowitz in Mähren und als dritter folgt am 9. Mai Herr Pfarrer Wittchen aus Georgenberg in Ungarn.

(Director Frijsche.) Der Theaterdirector Herr Julius Frijsche in Olmütz übernimmt mit Beginn der heurigen Winterfaison die Leitung des Carl-Schultheaters in Hamburg.

(Gemeindevahl.) Bei der am 30. v. M. vorgenommenen Neuwahl des Vorstandes der Orts-gemeinde Arch im Bezirke Gurkfeld wurden Franz Malenkof von Baloke zum Gemeindevorsteher und die Besizer Martin Šiško von Baloke, Martin Jordan von Arch, Blasius Šribar von Ardru, Franz Metelko von Dolensjavas, Johann Kottar von Sabukuje und Mathias Cvelbar von Merschtschendorf zu Gemeinderäthen gewählt.

(Südslavische Hausindustrie.) Der Professor Dr. Kršnjavi aus Agram, der gegenwärtig in Wien weilt, hielt diesertage daselbst im wissenschaftlichen Club einen Vortrag über südslavische Hausindustrie. Den Ausführungen des Vortragenden zufolge haben die Slovenen keine eigentliche Kunstindustrie im strengeren Sinne des Wortes, dieselbe blüht hauptsächlich bei den Bulgaren und Kroato-Serben. Bei ersteren wird sie schon mehr fabrikmäßig betrieben. Die Südslaven haben eine sehr ausgebreitete, interessante nationale Tektonik. Das südslavische Haus ist ganz im Stile des russischen Hauses ausgeführt, wie es auf der Wiener Weltausstellung zu sehen war. Die Keramik ist mit den entsprechenden orientalischen Arbeiten nahe verwandt, ebenso die Metalltechnik. Am ausgebreitetsten ist die Filigranarbeit, in welcher aller Schmuck der Dorfschönen gearbeitet ist. Die in der Türkei wohnenden Südslaven sind in solchen Arbeiten besonders geschickt und haben die Technik überhaupt von den Orientalen erlernt und verbreitet. Zu dem Interessantesten auf diesem Gebiete gehören unstreitig die filbereingelegten Holzarbeiten aus Livno, von denen eine kleine Collection vom österreichischen Museum angekauft wurde. Der wichtigste Zweig südslavischer Hausindustrie ist die textile Kunst. Die merkwürdige Ausbreitung und hohe Vollendung derselben findet ihre Erklärung in der eigenthümlichen Einrichtung der Hauscommunien. Der Vortragende besprach die verschiedenen Producte der textilen Industrie und erwähnte die eigenthümliche Verwendung der außerordentlich reich gestickten Händtücher zu Geschenken. Inbetreff des Ursprunges der südslavischen Hausindustrie führte Nedner aus, dass diese nach Stanofs Behauptung von einem uralo-finnischen Volksstamm herrühre, welcher im siebenten Jahrhundert Bulgarien eroberte und Namen und Sprache des überwundenen Volkes annahm. Der ehemalige Leib- arzt des Schah von Persien, Dr. Pollak, der dem Vortrage beiwohnte, erklärte, durch denselben angeregt, dass auch in Persien der Einfluss der südslavischen Hausindustrie sich geltend mache und dass sogar der Gebrauch

von reichgestickten Handtüchern hier wie auch in Central-

(Literarisches.) Brockhaus' „Kleines Conversations-Vergikon“ liegt in der mit zahlreichen Karten und Abbildungen ausgestatteten dritten Auflage jetzt vollständig vor.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“ Wien, 15. April. Sclaby legte heute vormittags den Eid in die Hände des Kaisers ab.

Best, 15. April. Das Unterhaus nahm die Vorlagen wegen Reconstruction Szegedins in der General- und in der Specialdebatte ohne wesentliche Aenderung an.

Berlin, 15. April. Ein Antrag Preußens auf Revision der bundesrätlichen Geschäftsordnung wurde zur doppelten Besung im Plenum des Bundesrathes gestellt.

Petersburg, 15. April. Der allgemeine Schwächezustand des Fürsten Gortschakoff ist unverändert.

Krakau, 14. April. (N. fr. Pr.) Der „Czas“ befürchtet infolge der Ablehnung des Dispositionsfondes die Auflösung des Abgeordnetenhauses und erblickt darin eine große Gefahr.

Best, 14. April. (N. fr. Pr.) Es ist nunmehr entschieden, dass Graf Szapary provisorisch das Communicationsministerium übernimmt.

Budapest, 15. April. Der Stadtrath beschloss die allfogleiche Schließung des deutschen Theaters nach Ablauf der Concession, das ist mit Ende Mai.

Kaab, 15. April. (W. Allg. Ztg.) Der so unglücklich gehentte Raubmörder Takacs ist heute um halb 8 Uhr morgens an Lungenlähmung gestorben.

Berlin, 14. April. (N. fr. Pr.) Bei der heute vorgenommenen Reichstagswahl im zweiten Berliner Wahlkreise siegte Birchow mit circa 8000 Stimmen über den Socialisten Körner, welcher 2700, und den Candidaten der Conservativen, Max Duncker, welcher etwa 1800 Stimmen erhielt.

Berlin, 15. April. (Frdbl.) Der preussische Antrag fordert nur im allgemeinen die Revision der Geschäftsordnung und überlässt deren Ausführung dem

Bundesrath. Fürst Bismarck stellt aber einige Gesichtspunkte auf, welche berücksichtigt werden sollen. Er schlägt die Theilung der Arbeiten des Bundesrathes nach Verwaltungs- und Gesetzgeberischen Angelegenheiten vor; nur bei letzteren, die auf einen bestimmten kurzen Zeitraum beschränkt werden, sollen die Bundesminister persönlich zugegen sein.

Stuttgart, 15. April. (N. fr. Pr.) Der Raubmörder Kapp, der seine frühere Dienstherrschaft erwordete, wurde heute früh in Ravensburg enthauptet. Seit 1866 ist dies die erste Hinrichtung in Württemberg.

Paris, 14. April. Die „Union“ behauptet, der Protest des Papstes gegen die Decrete vom 29. März sei gestern von dem Nuntius dem Ministerpräsidenten Freycinet überreicht und im Ministerrathe geprüft worden.

Brüssel, 14. April. (Frdbl.) Die belgische Regierung hat den Papst um Aufklärung über den Sinn des Schreibens an Cardinal Dechamps ersucht. Bei nicht genügender Antwort beabsichtigt sie, die diplomatische Verbindung mit dem Vatican abzubrechen.

London, 15. April. Bis gestern waren 349 Liberale, 235 Conservative und 63 Homerulers (inclusive 25 Anhänger Barnells) gewählt. Die Liberalen gewannen 57 Sitze in den Städten und 49 in den Grafschaften; die Homerulers entrieffen den Conservativen 7 Sitze.

Petersburg, 15. April. (W. Allg. Ztg.) Directe Nachrichten aus Peking stellen leider die Todesstrafe an dem gewesenen Gesandten in Petersburg in sichere, wenn auch nicht baldige Aussicht. Die Verwendung der europäischen Mächte blieb bis jetzt resultatlos.

Telegraphischer Wechselkurs vom 15. April.

Papier-Rente 73.45. — Silber-Rente 73.80. — Gold-Rente 89.60. — 1860er Staats-Anlehen 130.50. — Banfactien 840. — Creditactien 286.50. — London 119.10. — Silber — R. f. Münz-Ducaten 5.61. — 20-Franken-Stücke 9.43 1/2. — 100-Reichsmark 58.60.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Der „ANKER“, Gesellschaft für Lebens- und Rentenversicherungen, hielt am 12. d. M. seine 21. ordentliche Generalversammlung ab.

Der Geschäftsbericht constatirt eine bedeutende Steigerung der Geschäftsabläufe für das Jahr 1879, in welchem 5465 Anträge im Betrage von fl. 11,024,429.26 eingereicht und 4667 Verträge mit fl. 9,600,752. — Kapital und fl. 343.94 Rente realisiert wurden.

Der Versicherungsstand belief sich zu Ende des Jahres auf 81,646 Verträge mit fl. 118,581,188.50 Kapital und fl. 40,618.11 Rente. An Prämien wurden fl. 1,257,172.38, an Einlagen fl. 1,390,305.86, daher zusammen fl. 2,647,478.24 eingenommen, worunter ein Betrag von fl. 278,921.17 an ersfähigen Prämien und Einlagen.

Fällig wurden im Jahre 1879 Versicherungen zu festen Prämien per fl. 804,561.96 und wechselseitige Ueberlebens-Associationen per fl. 3,038,054.89, zusammen fl. 3,842,616.85. Die zur Repartition gelangte Gruppe von Versicherungen auf den Erlebensfall mit bestimmter Prämie und Gewinnantheil ergab 21 Procent des versicherten Kapitals als Gewinnantheil für die Versicherten.

Bei der Kategorie der Versicherungen auf den Todesfall mit Antheil am Gewinne entfiel auf die Versicherten eine Dividende von 21 Procent der Prämie.

Die Prämienreserven und Asscuranzfond für Versicherungen zu festen Prämien sind um fl. 393,583.50 auf fl. 7,693,755.03 gestiegen.

Dem Bilanz-Conto entnehmen wir, dass die Anlagen der Gesellschaft durchwegs in pupillarischen Werten bestehen. Der Gewinn- und Verlust-Conto schließt nach Abzug aller Auslagen und Abschreibungen mit Einschluß der Provisionen des laufenden Jahres, sowie einer Abschreibung von rund fl. 50,000 von den Immobilien, mit einem Reingewinne von fl. 248,170.86, von welchem vor allem fl. 76,780.75 Effectengewinn ausgehoben und nicht vertheilt werden.

Von dem sonach verbleibenden Reste per fl. 171,389.61 werden fl. 156,666.67 statutenmäßig vertheilt, was per Actie unter Berücksichtigung der Quoten für Reservecfond und Zantime eine Dividende von fl. 200. — ergibt.

Dem Reservecfond werden fl. 21,250. — zugewiesen, wodurch derselbe die Höhe von fl. 281,517.50 erreicht. Der Rest von fl. 14,722.94 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Bezüglich der Specialreserve per fl. 200,000. —, welche aus den Gewinnüberschüssen der Jahre 1871, 1872 und 1878 zur Ergänzung der Jahresdividenden, ganz unabhängig von dem statutenmäßigen Reservecfonde, gebildet wurde und welche sich nunmehr Dank der günstigen Geschäftsentwicklung für diesen Zweck als überflüssig herausgestellt hat, wurde beschlossen, dieselbe als Einzahlung auf die Actien zu verwenden, wodurch das eingezahlte Actientapital von fl. 300,000 auf fl. 500,000. — erhöht wird.

Der zum Austritte bestimmte Verwaltungsrath sowie die früheren Revisoren erscheinen wiedergewählt.

Angekommene Fremde.

Am 14. April.

Hotel Stadt Wien. Euphart, Glas, Zimmer, Schweiger, Kaufleute; Kusmann, Reifender, und Siegl, Wien. — Ruschig, Gottschee. — Herzog, Hausbesitzer, Graz. — Banovich, Kfm., Paris. — Clerf, Kaufm., Cronenberg. — Lehmann, Kaufm., Wüdingen.

Hotel Elephant. Bohutinsky, Director, Hof. — Majdic, Krainburg. — Klopff sammt Frau, Ufpling. — Stanzar, Kaufm., Wleiburg. — Gorup, Görz. — Benko, Kaufm., Trifail. — Ferrini, Privatier, sammt Frau, Barese. — Kiez, Kaufm., Nürnberg.

Wohnen. Bajz Maria, Adelsberg. — Kosmac, Idria. — Gabel, Rosenheim.

Baierischer Hof. Oblak, Holsm., Rudolfswert. — Olmaier, Lehrer, Morantsch. — Sever, Privat, Landstraß. — Albrecht, Holzhändler, Trieft.

Verstorbene.

Den 14. April. Aloisia Zimmermann, Marqu Coastochter, 6 Wochen, Auerspergplatz Nr. 6, Brechdurchfall.

Den 15. April. Maria Knee, Brotverkäuferin, 74 J., Scheidergasse Nr. 6, Altersschwäche.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Anzahl des Himmels, Witterung in Wien.

Erübe, kein Sonnenblick. Das Tagesmittel der + 13.3°, um 4.2° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Dankfagung.

Für die während des langen Schmerzenslagers dem Fräulein

Marie Den

so vielfältig zutheil gewordenen Beweise herzlicher Theilnahme, für das zahlreiche Leidensgefolge und für die der unergesslichen Verstorbenen gewidmeten Blumenpenden sagen aus tiefbewegtem Herzen den innigsten Dank

die trauernden Angehörigen.

Laibach, 16. April 1880.

Börsebericht.

Wien, 15. April. (1 Uhr.) Fast nur in Creditactien und in Actien der Nordwestbahn lit. B war das Geschäft von großer Lebhaftigkeit, im übrigen blieb die Börse bei fester Gesammttendenz ziemlich indifferent.

Table with columns: Gelt, Ware. Includes entries for Papierrente, Silberrente, Goldrente, Lofe, Ung. Prämien-Anl., Credit-A., Rudolf's-B., Prämienanl. der Stadt Wien, Donau-Regulierungs-Lofe, Domänen-Pfandbriefe, Oester. Schatzscheine 1881 rückzahlbar, Oester. Schatzscheine 1882 rückzahlbar, Ungarische Goldrente, Ungarische Eisenbahn-Anleihe, Ungarische Eisenbahn-Anleihe, Cumulativstüde, Anleihen der Stadtgemeinde, Wien in B. B.

Table with columns: Gelt, Ware. Includes Grundentlastungs-Obligationen (Böhmen, Niederösterreich, Galizien, Siebenbürgen, Temeser Banat, Ungarn), Actien von Banken (Anglo-österreich. Bank, Creditanstalt, Depositenbank, Creditanstalt, ungar., Oesterreichisch-ungarische Bank, Unionbank, Verkehrsbank, Wiener Bankverein), Actien von Transport-Unternehmungen (Alfölb-Bahn, Donau-Dampfschiff-Gesellschaft, Elisabeth-Weißbahn, Ferdinands-Nordbahn).

Table with columns: Gelt, Ware. Includes Franz-Joseph-Bahn, Galizische Carl-Ludwig-Bahn, Kaschau-Oberberger Bahn, Bemberg-Gesellschaft, Oester. Nordwestbahn, Rudolf's-Bahn, Staatsbahn, Südbahn, Theiß-Bahn, Ungar.-galiz. Verbindungsbahn, Ungarische Nordostbahn, Ungarische Westbahn, Wiener Tramway-Gesellschaft, Pfandbriefe, Prioritäts-Obligationen (Elisabeth-B. l. Em., Ferd.-Nordb. in Silber).

Table with columns: Gelt, Ware. Includes Franz-Joseph-Bahn, Gal. Carl-Ludwig-B., 1. Em., Oesterr. Nordwest-Bahn, Siebenbürger Bahn, Staatsbahn l. Em., Südbahn à 3%, Südbahn à 5%, Devisen (Auf deutsche Plätze, London, kurze Sicht, London, lange Sicht, Paris), Geldsorten (Ducaten, Napoleonsd'or, Deutsche Reichs-Roten, Silbergulden), Krainische Grundentlastungs-Obligationen (Gelt 100, Ware 101).

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 73.50 bis 73.60. Silberrente 73.95 bis 74.10. Goldrente 89.70 bis 89.80. London 119.10 bis 119.20. Napoleons 9.49 1/2 bis 9.50.